

Mit Pensionskassen-Geld zum eigenen Haus

VADUZ. Die Freie Liste reicht für den April-Landtag ihr Postulat «Wohneigentum für den Mittelstand» ein. Sie möchte die Regierung prüfen lassen, ob es sinnvoll ist, einen Pensionskassen-Vorbezug zur Bildung von Wohneigentum zu ermöglichen. Die Schweiz habe schon mehr als 20 Jahre Erfahrung mit einem solchen Gesetz, das dank dem Geld aus der Pensionskasse zum Bau oder Kauf eines Hauses oder einer Wohnung verwendet werden könne, schreibt die Freie Liste. Für den Bezug von PK-Geld zum Kauf oder Bau einer selbst bewohnten Immobilie spreche vor allem der Aspekt der Sicherheit, aber auch der Eigennutz: «Wer ins selbst bewohnte Heim investiert, zieht einen unmittelbaren Nutzen daraus – das zuvor den Börsenlaunen ausgesetzte Kapital beschert dem Eigentümer ein sicheres Wohnen.» Längerfristig zahle sich das wohl auch finanziell durch gesparte Mietkosten aus, argumentiert die Freie Liste.

Ein Pensionskassen-Vorbezug zur Bildung von selbst bewohntem Wohneigentum könne eine

gute Möglichkeit sein, ein Auskommen im Alter ohne Rückgriff auf staatliche Ergänzungsleistungen zu garantieren. Denn der Aufwand für Wohnen mache einen grossen Anteil an den Ausgaben im Alter aus. In der Schweiz genauso wie in Liechtenstein müsse eine zunehmende Zahl an Pensionisten Ergänzungsleistungen zur AHV beantragen, weil das angesparte Kapital für ein würdiges Leben im Alter nicht ausreiche.

«Die Freie Liste möchte die Regierung auffordern, zu prüfen, welche Vorteile Versicherte aus dem Vorbezug gesamthaft ziehen. Aber auch Vor- und Nachteile für die Pensionskassen, den Staat respektive die Steuereinnahmen sollen geprüft werden. Lässt sich die Annahme aus Sicht der Regierung bestätigen, dass weniger Ergänzungsleistungen ausbezahlt werden müssen? Nicht ausser Acht gelassen werden soll auch der mit der Umstellung geschätzte administrative Aufwand.»

Dank Vorbezug könnten sich mehr Menschen ihren Traum vom Wohneigentum leisten. (pd)